

Dividenden, Mieteinnahmen, längere Arbeitszeit – das sind die neuen Renten-Pläne



Von **Tobias Kaiser**
Senior Editor Arbeit & Soziales

Stand: 28.11.2025 | Lesedauer: 6 Minuten



Drei Experten haben sich auf einen gemeinsamen Auftrag für die Rentenkommission geeinigt

Quelle: Michael Kappeler/dpa

SPD und Union haben im Koalitionsausschuss das Mandat für die Rentenkommission festgezurr. Viele Anweisungen an die Experten bleiben verklausuliert. Was steckt hinter den umstrittensten Punkten – und welche haben echte Chancen?

Es war eine lange Ausschusssnacht für die Koalitionäre, und beim Thema Rente kam eine gemischte Doppelpackung heraus. Die Regierungspartien wollen am umstrittenen Rentenpaket inklusive Verlängerung der Haltelinie und dem Ausbau der Mütterrente festhalten, vor dem zuletzt sogar der Internationale Währungsfonds (IWF) gewarnt hat. Um den Kompromiss auch für die Kritiker des Pakets – in den Reihen der Unionsfraktion – genießbarer zu machen, haben die Regierungsspitzen gleich auch den Auftrag an die Rentenkommission festgezurr.

Sie soll Vorschläge für eine grundlegende Rentenreform (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus68fc8df3fcf35fc6883of1c7/die-antwort-auf-das-renten-raetsel-wie-wir-unseren-wohlstand-bewahren-koennen.html>) machen, die bis Ende nächsten Jahres verabschiedet sein soll. Es ist das vage Versprechen, dass sich langfristig etwas bei der Rente ändern wird. Arbeitsministerin und SPD-Co-Chefin Bärbel Bas sagte im Bundestag, man wolle „umfangreiche und auch mutige Schritte“ gehen.

Was die Koalitionäre den Kommissionsmitgliedern ins Aufgabenbuch geschrieben haben, ist teilweise klar, stellenweise aber so verschwurbelt formuliert, dass Millionen von Beitragszahlern und Rentenempfängern es kaum verstehen dürften. Ob bewusst vage gehalten oder nur der langen Nacht geschuldet: WELT erklärt die wesentlichen Formulierungen in dem Kompromisstext der Nacht, was sie bedeuten und was von der Arbeit der Rentenkommission zu erwarten ist.

Lebensarbeitszeit

Das steht im Kompromiss: *„die flexiblen Übergänge in die Rente weiterzuentwickeln“ / „eine Verlängerung von Lebensarbeitszeit (z.B. Renteneintrittsalter)“*

Darum geht es: Deutschland altert rapide, immer weniger Erwerbstätige finanzieren immer mehr Rentner. Um das Rentensystem zu stabilisieren, ohne Beiträge drastisch zu erhöhen oder Renten zu kürzen, diskutieren Experten vor allem eine Maßnahme: länger zu arbeiten. Als vorbildlich gilt es, das Renteneintrittsalter an die steigende Lebenserwartung zu koppeln, zum Beispiel so, dass pro gewonnenem Lebensjahr zwei Monate länger gearbeitet wird. Länder wie Dänemark oder den Niederlanden praktizieren das bereits.

Was wird kommen? Die SPD lehnt eine weitere pauschale Anhebung des gesetzlichen Rentenalters über 67 Jahre hinaus strikt ab, zeigt sich aber offen für flexiblere Übergänge. Die Union hingegen ist intern gespalten, wobei Mitglieder des Wirtschaftsflügels und der sogenannten Jungen Gruppe ein steigendes Renteneintrittsalter fordern, um das System finanzierbar zu halten.

Internationale Organisationen wie die OECD empfehlen Deutschland seit Jahren, das Rentenalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Dass die Kommission eine harte gesetzliche Anhebung vorschlägt, ist wegen der SPD-Blockade unwahrscheinlich. Realistischer sind Anreize für freiwilliges längeres Arbeiten, so wie sie mit der geplanten Aktivrente ausprobiert werden.

Beiträge und Rentenhöhe

Das steht im Kompromiss: *„Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsfaktors nach 2031“ / „Beibehaltung der Rentenentwicklung an die Lohnentwicklung oder Kopplung an andere Parameter wie die Inflation (Rentenanpassung)“*

Darum geht es: Die Rentenformel bestimmt, wie stark die Renten jährlich steigen. Der „Nachhaltigkeitsfaktor“, eine komplizierte Formel, bremst diese Erhöhung automatisch, wenn es weniger Beitragszahler pro Rentner gibt. Er verteilt also die Lasten des demografischen Wandels. Diskutiert wird, ob dieser Faktor nach 2031 wieder schärfer greifen soll, was Rentenerhöhungen dämpfen würde. Alternativ könnten die Renten, wie in vielen anderen Ländern üblich, nur an die Inflation statt an die meist stärker steigenden Löhne gekoppelt werden. [Das hatte der IWF zuletzt geraten \(https://www.welt.de/wirtschaft/plus6926f6a8bfo7554e4577b8b8/iwf-kein-anlass-zur-selbstgefaelligkeit-die-eindringliche-mahnung-an-deutschland.html\)](https://www.welt.de/wirtschaft/plus6926f6a8bfo7554e4577b8b8/iwf-kein-anlass-zur-selbstgefaelligkeit-die-eindringliche-mahnung-an-deutschland.html) .

Was wird kommen? Die SPD pocht auf die sogenannte Haltelinie, die dafür sorgt, dass das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent sinkt. Das bedeutet, dass ein Standardrentner etwa 48 Prozent des Durchschnittslohns als Bruttorente erhält. Die Haltelinie hebt den Nachhaltigkeitsfaktor faktisch aus, erhöht die Beiträge und macht Steuerzuschüsse nötig. Die Union fordert eine solide Finanzierung und stabile Beitragssätze.

Ein Vorschlag zur Reform des Nachhaltigkeitsfaktors nach 2031 ist wahrscheinlich, da eine Änderung in einigen Jahren politisch leichter vermittelbar ist. Die diskutierten Reformen des Nachhaltigkeitsfaktors würden allesamt bedeuten, dass die Rentenformel empfindlicher auf die Alterung reagiert. Dadurch würden die Renten weniger stark steigen als die Löhne und die Beitragszahler entlastet.

Gesetzliche Rente für alle?

Das steht im Kompromiss: „*Die Einbeziehung weiterer Gruppen in die gesetzliche Rentenversicherung*“

Darum geht es: In die gesetzliche Rentenversicherung zahlen derzeit Angestellte verpflichtend ein und Selbstständige freiwillig. Freiwillig Versicherte machen aber nur einen Bruchteil der gesetzlich Versicherten aus. Zwei große Gruppen könnten künftig ebenfalls verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden: Selbstständige und Beamten.

Was wird kommen? Dass Selbstständige verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden, wird schon lange diskutiert. Die SPD und die Linke sprechen sich dafür aus. Die Union will lediglich eine Pflicht zur Altersvorsorge für Selbstständige – egal ob gesetzlich oder privat. Die SPD würde gerne auch Beamte und Bundestagsabgeordnete in die gesetzliche Rente bringen, die Union ist aber strikt dagegen, auch weil die Länder sonst hohe Arbeitgeberbeiträge und laufende Pensionen parallel zahlen müssten.

Im Koalitionsvertrag haben sich beide nur auf die Pflichtversicherung für **neue** Selbstständige geeinigt. Die Kommission wird daher vermutlich die Einbeziehung von neuen Selbstständigen vorschlagen. Andere Formen der Altersvorsorge wie eine private oder berufsständische Altersvorsorge dürften alternativ auch anerkannt werden. Die große Lösung mit den Beamten gilt als unwahrscheinlich.

Breitere Finanzierung

Das steht im Kompromiss: „*Die Einbeziehung weiterer Einkunftsarten in die Beitragsbemessung*.“

Darum geht es: Aktuell finanziert sich die gesetzliche Rentenversicherung fast ausschließlich aus Beiträgen auf Löhne und Gehälter, ergänzt um Zuschüsse aus dem steuerfinanzierten Haushalt. Andere Einkunftsarten wie Mieteinnahmen, Dividenden, Zinsen oder private Veräußerungsgewinne sind für Pflichtversicherte in der Regel beitragsfrei. Dies führt dazu, dass der Faktor Arbeit stark belastet wird, während Vermögenserträge außen vor bleiben. Die Idee: Wer Einkünfte aus Kapital oder Vermietung hat, soll darauf ebenfalls Rentenbeiträge zahlen, damit die Beiträge auf Arbeit nicht steigen.

Was wird kommen? Die SPD – so wie Grüne, die Linke und Gewerkschaften – fordern diesen Schritt seit Langem. Das soll gerechter sein, Lohnnebenkosten senken und Arbeitsplätze sichern. Die Union – so wie FDP und Wirtschaftsverbände – lehnen das strikt ab. Ökonomen des ifo Instituts warnten zuletzt, dass das Einnahmepotenzial oft überschätzt wird, da viele Menschen mit hohen Kapitaleinkünften ohnehin privat versichert sind oder oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegen.

Sie liegt bei derzeit 96.600 Euro im Jahr. Nur bis zu dieser Einkommenshöhe werden Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung erhoben, das darüber hinausgehende Einkommen bleibt beitragsfrei. Es dürfte der Kommission schwerfallen, sich bei dem Thema zu einigen. Wahrscheinlicher ist, dass es als Wahlkampfthema in die nächste Bundestagswahl mitgenommen wird.

Private Säule

Das steht im Kompromiss: *„Einführung eines Standardprodukts mit geringen Verwaltungs-, Produkt- und Abschlusskosten ohne zwingende Beitragsgarantie“ / „Vor- und Nachteile kapitalmarktbasierter Ansätze“*

Darum geht es: Die private Riester-Rente gilt wegen hoher Kosten und niedriger Renditen als gescheitert, von ihr hat vor allem die Versicherungsindustrie profitiert. An ihre Stelle treten soll ein einfaches, kostengünstiges Standard-Depot für alle, das breit in Aktien investiert und auf teure Garantien verzichtet. Dies würde Bürgern ermöglichen, vom langfristigen Wachstum der Kapitalmärkte zu profitieren. Dadurch würde das Umlageverfahren, bei dem Beschäftigte für Rentner zahlen, durch einen zweiten grundsätzlich anderen Mechanismus ergänzt.

Was wird kommen? Hier gibt es eine seltene Schnittmenge: Die Union fordert seit Langem mehr Aktienkultur, und auch die SPD hat ihren Widerstand gegen Kapitalmarktlösungen aufgegeben, wenn sie sicher und kostengünstig sind, ohne dass Sparer abgezockt werden. So etwas gibt es etwa in Schweden. Der Koalitionsvertrag sieht die Stärkung der privaten Säule explizit vor. Die Wahrscheinlichkeit ist deshalb sehr hoch, dass die Kommission ein solches standardisiertes „Deutschland-Depot“, wie es SPD aber auch Grüne favorisieren, empfehlen wird.

Dieser Artikel wurde für das Wirtschaftskompetenzcenter von WELT und „Business Insider Deutschland“ (<https://www.businessinsider.de/>) erstellt.

Tobias Kaiser (<https://www.welt.de/autor/tobias-kaiser/>) verfolgt als Senior Editor Arbeit & Soziales die großen Verschiebungen in Arbeitswelt und Gesellschaft und die Reaktionen der Politik.